

7963/AB
= Bundesministerium vom 03.12.2021 zu 8134/J (XXVII. GP) bmdw.gv.at
 Digitalisierung und
 Wirtschaftsstandort

Dr. Margarete Schramböck
 Bundesministerin für Digitalisierung und
 Wirtschaftsstandort

Präsident des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

büro.schramboeck@bmdw.gv.at
 Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.699.045

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)8134/J-NR/2021

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 8134/J betreffend "Quartalsbericht der Reisekosten Q3 2021 im Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort", welche die Abgeordneten Michael Schnedlitz, Kolleginnen und Kollegen am 5. Oktober 2021 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 bis 6, 8 bis 11 und 13 der Anfrage:

1. *Wie hoch waren die Gesamtausgaben im Zeitraum von 01.07.2021 bis 30.09.2021 in Ihrem Ministerium für dienstliche Taxikosten, dienstliche Busfahrten und dienstliche Zugfahrten? (Bitte um genaue Aufschlüsselung nach Transportmittel)*
2. *Wie viele davon entstanden aufgrund Ihrer eigenen Fahrten?*
3. *Wie viele davon entstanden aufgrund von Fahrten Ihrer Kabinettsmitarbeiter?*
4. *Wie viele Beförderungen durch Taxifahrten, Busfahrten und Zugfahrten wurden im Zeitraum von 01.07.2021 bis 30.09.2021 in Ihrem Ministerium durchgeführt? (Bitte um genaue Aufschlüsselung nach dem jeweiligen Transportmittel, Unternehmen, Reiseziel, gefahrenen Kilometern, Kosten pro Fahrt und Grund der Reise)*
5. *Wie viele Beförderungen entstanden wegen Ihrer eigenen Fahrten? (Bitte um genaue Aufschlüsselung nach dem jeweiligen Transportmittel, Unternehmen, Reiseziel, gefahrenen Kilometern, Kosten pro Fahrt und Grund der Reise)*
6. *Wie viele Beförderungen entstanden aufgrund von Fahrten Ihrer Kabinettsmitarbeiter? (Bitte um genaue Aufschlüsselung nach dem jeweiligen Transportmittel, Unternehmen, Reiseziel, gefahrenen Kilometern, Kosten pro Fahrt und Grund der Reise)*

8. *Wurde in Ihrem Ministerium ein Vertrag mit einem oder mehreren Taxiunternehmen oder anderen Unternehmen im Zeitraum von 01.07.2021 bis 30.09.2021 abgeschlossen?*
 - a. *Wenn ja, wann wurden diese Verträge geschlossen?*
 - b. *Wenn ja, mit welchen Unternehmen wurden diese Verträge geschlossen?*
 - c. *Wenn ja, für welchen Zeitraum wurden diese Verträge geschlossen?*
 - d. *Wenn ja, wer sind die Nutzungsberechtigten dieser Vereinbarungen?*
9. *Wie viele Taxigutscheine, Taxikarten, Businesskarten oder Ähnliches wurden Ihrem Ministerium im Zeitraum von 01.07.2021 bis 30.09.2021 zur Verfügung gestellt?*
10. *Welche Mitarbeiter waren im Zeitraum von 01.07.2021 bis 30.09.2021 in Ihrem Ministerium die Besitzer der Taxigutscheine, Taxikarten, Businesskarten oder Ähnlichem?*
11. *Wird die Verwendung der Taxigutscheine, Taxikarten, Businesskarten und Ähnliches in Ihrem Ministerium überprüft?*
 - a. *Wenn ja, wie erfolgt diese Überprüfung?*
 - b. *Wenn ja, wie oft erfolgt diese Überprüfung?*
13. *Kann ausgeschlossen werden, dass die Taxigutscheine, Taxikarten, Businesskarten oder Ähnliches für private Zwecke missbraucht werden?*

Für Taxifahrten von Bediensteten der Zentralleitung meines Ressorts sind im Zeitraum 1. Juli bis 30. September 2021 Kosten in Höhe von € 753,42 angefallen, davon € 393,90 für Fahrten von Mitgliedern meines Kabinetts. Für Taxifahrten meiner Person sind in diesem Zeitraum keine Kosten angefallen.

Für Bahnfahrten im Rahmen von Dienstreisen von Bediensteten der Zentralleitung meines Ressorts sind im Zeitraum von 1. Juli bis 30. September 2021 Kosten in Höhe von € 7.172,90 angefallen, davon € 103,82 für Bahnfahrten von Mitgliedern meines Kabinetts. Für Bahnfahrten meiner Person sind in diesem Zeitraum keine Kosten angefallen.

Für Busfahrten im Rahmen von Dienstreisen von Bediensteten der Zentralleitung meines Ressorts sind im Zeitraum 1. Juli bis 30. September 2021 Kosten in Höhe von € 10,90 angefallen. Für Busfahrten von Mitgliedern meines Kabinetts und meiner Person sind in diesem Zeitraum keine Kosten angefallen.

Im Übrigen ist auf die unverändert gültigen Ausführungen in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 5980/J zu verweisen.

Antwort zu den Punkten 7 und 14 bis 19 der Anfrage:

7. Wie viele Ausgaben entstanden im Zeitraum von 01.07.2021 bis 30.09.2021 durch Beförderungen ohne Personen, wie zB. die Zustellung von Briefen oder andere Sendungen?
14. Wie hoch waren die Gesamtausgaben im Zeitraum von 01.07.2021 bis 30.09.2021 in Ihrem Ministerium für angemietete Großraumbusse, Mietwagen oder ähnliche Fahrzeuge? (Bitte um genaue Aufschlüsselung nach Transportmittel)
15. Wie viele davon entstanden aufgrund Ihrer eigenen Fahrten?
16. Wie viele davon entstanden aufgrund von Fahrten Ihrer Kabinettsmitarbeiter?
17. Wie viele Beförderungen durch Großraumbusse, Mietwagen oder ähnliche Fahrzeuge wurden im Zeitraum von 01.07.2021 bis 30.09.2021 in Ihrem Ministerium durchgeführt? (Bitte um genaue Aufschlüsselung nach dem jeweiligen Transportmittel, Unternehmen, Reiseziel, gefahrenen Kilometern, Kosten pro Fahrt und Grund der Reise)
18. Wie viele Beförderungen entstanden wegen Ihrer eigenen Fahrten? (Bitte um genaue Aufschlüsselung nach dem jeweiligen Transportmittel, Unternehmen, Reiseziel, gefahrenen Kilometern, Kosten pro Fahrt und Grund der Reise)
19. Wie viele Beförderungen entstanden aufgrund von Fahrten Ihrer Kabinettsmitarbeiter? (Bitte um genaue Aufschlüsselung nach dem jeweiligen Transportmittel, Unternehmen, Reiseziel, gefahrenen Kilometern, Kosten pro Fahrt und Grund der Reise)

Im Zuge meiner Dienstreise in die Schweiz hatte ich neben dem WTO-Ministertreffen eine Reihe von bilateralen Terminen an mehreren Tagen und an unterschiedlichen Orten wahrzunehmen, wofür die Inanspruchnahme eines Mietfahrzeugs unabdingbar war. Dafür sind Kosten in Höhe von € 1.636,36 entstanden.

Antwort zu Punkt 12 der Anfrage:

12. Gab es im Zeitraum von 01.07.2021 bis 30.09.2021 Fälle, bei denen Taxigutscheine, Taxikarten, Businesskarten oder Ähnliches für dienstfremde oder private Zwecke genutzt wurden?
 - a. Wenn ja, wie viele Fälle?
 - b. Wenn ja, welche Konsequenzen wurden daraus gezogen?

Nein.

Antwort zu den Punkten 20 bis 26 der Anfrage:

20. Wie hoch waren die Gesamtausgaben im Zeitraum von 01.07.2021 bis 30.09.2021 in Ihrem Ministerium für dienstliche Flugkosten?
21. Wie viele davon entstanden aufgrund Ihrer eigenen Flüge?
22. Wie viele davon entstanden aufgrund von Flügen Ihrer Kabinettsmitarbeiter?
23. Wie viele Flüge wurden im Zeitraum von 01.07.2021 bis 30.09.2021 in Ihrem Ministerium getätigt? (Bitte um genaue Auflistung nach Reiseziel, Kosten pro Flug, Flugklasse und Grund der Reise)
24. Wie viele Flüge entstanden aufgrund Ihrer eigenen dienstlichen Reisen? (Bitte um genaue Auflistung nach Reiseziel, Kosten pro Flug, Flugklasse und Grund der Reise)
25. Wie viele Flüge entstanden aufgrund von dienstlichen Reisen Ihrer Kabinettsmitarbeiter? (Bitte um genaue Auflistung nach Reiseziel, Kosten pro Flug, Flugklasse und Grund der Reise)
26. Wurde in Ihrem Ministerium im Zeitraum von 01.07.2021 bis 30.09.2021 Verträge mit einer oder mehreren Fluggesellschaften abgeschlossen?
 - a. Wenn ja, wann wurden diese Verträge geschlossen?
 - b. Wenn ja, mit welchen Unternehmen wurden diese Verträge geschlossen?
 - c. Wenn ja, für welchen Zeitraum wurden diese Verträge geschlossen?
 - d. Wenn ja, wer sind die Nutzungsberechtigten dieser Vereinbarungen?

Für Dienstreisen von Bediensteten der Zentralleitung meines Ressorts im Zeitraum 1. Juli bis 30. September 2021 zu bilateralen und internationalen Gremien oder Treffen in Eschborn, Brüssel und Vilamoura sowie zur Eröffnung der EXPO in Dubai wurden bis zum Anfragestichtag Flugkosten in Höhe von insgesamt € 5.945,13 abgerechnet. Für meine Dienstreisen zu bilateralen Terminen und zur WTO nach Genf, zum Digital Summit nach Tallinn und zum EU-Rat Wettbewerbsfähigkeit nach Brüssel sind im Zeitraum 1. Juli bis 30. September 2021 Flugkosten in Höhe von € 5.396,73 entstanden. Für die im selben Zeitraum in Begleitung meiner Person durchgeföhrten Dienstreisen von Mitgliedern meines Kabinetts sind Flugkosten in Höhe von € 14.118,75 entstanden. Im Übrigen ist auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 6952/J zu verweisen.

Wien, am 3. Dezember 2021

Dr. Margarete Schramböck

Elektronisch gefertigt

